

Preusker, Victor E.

Article — Digitized Version

## Sozialverpflichtete Marktwirtschaft

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Preusker, Victor E. (1953) : Sozialverpflichtete Marktwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 7, pp. 422-426

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131748>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KONZEPTIONEN

*Wir hatten im Maiheft mit dem Abdruck der Bochumer Rede des Senators Prof. Dr. Karl Schiller eine Artikelserie begonnen, in der die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der großen Parteien im Interesse der geistigen Auseinandersetzung über die Bundestagswahl umrissen werden sollten. Wir setzen diese Artikelreihe heute mit der Wiedergabe der Lübecker Rede des Bundestagsabgeordneten Dr. V. E. Preusker zum Parteitag der FDP. fort. Diese Rede versucht, aus dem geistigen Standort der FDP. ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen abzuleiten, sie subsumiert die sich daraus ergebende Wirtschaftsordnung unter den Begriff der „sozialverpflichteten Marktwirtschaft“, den sie den Ordnungsbegriffen „soziale Marktwirtschaft“ und „demokratischer Sozialismus“ gegenüberstellt. Zur Abrundung unserer Artikelserie werden wir im Augustheft die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der CDU. und der DP. darbieten. In der Reihenfolge der Darbietung darf keine Wertung gesehen werden. Sie ist lediglich bedingt durch die Manuskripteinsendung von seiten der Autoren.*

## Sozialverpflichtete Marktwirtschaft

Dr. Victor E. Preusker, Wiesbaden

Meine Ausführungen richten sich nicht an das Auditorium einer deutschen Universität, vor der das geschlossene Gebäude unserer volkswirtschaftlichen Theoreme bewiesen werden soll, sondern an eine politische Partei vor einem Wahlkampf, die noch einmal die Leitlinien ihres Handelns, das Erreichte und noch zu Erreichende vor ihrer aktiven Mannschaft und dem deutschen Volk darlegen will. Trotzdem möchte ich einige Vorbemerkungen auch an die Adresse unserer theoretischen Nationalökonomie und Gesellschaftswissenschaft machen, um auch in diesem Bereich Klarheit über unseren Standort zu schaffen.

### SITTLICH GEBUNDENE FREIHEIT

Wir ringen auf allen Gebieten um den Sieg der Freiheit über alle Formen der Vermachtung und Sklaverei. Dabei ist für uns Freiheit aber nicht der Inbegriff schrankenloser Willkür. Die von uns erstrebte Freiheit ist sittlich gebunden, d. h. sie findet ihre Rechtfertigung nur im Kant'schen Imperativ oder in der Fichte-Formulierung von dem so Handeln, als ob davon das Schicksal aller Dinge abhinge. Darüber hinaus hat die Freiheit ihre für uns selbstverständlichen Grenzen dort, wo sie die Freiheit des anderen in einer Weise einzuengen droht, wie es der eine, wenn sich diese Bedrohung gegen ihn richten würde, nicht ohne Widerspruch ertragen zu können glaubt.

Aus diesen beiden entscheidenden sittlich-soziologischen Eingrenzungen des Begriffes der Freiheit in bezug auf das Ganze und den nächsten Mitmenschen ergibt sich ohne weiteres, daß die FDP. wieder unmittelbar an den Moralphilosophen Adam Smith und seinen deutschen Interpreten Friedrich List, nicht aber an Ricardo und seine Epigonen anknüpft.

Wenn daher in gewissen Zeitabständen und auch jetzt wieder im politischen Kampf die These wiederkehrt, daß „Liberalismus“ und „Marxismus“ denselben geistigen, und zwar materialistischen Ursprung hätten, so muß dies einmal grundsätzlich als falsch bezeichnet und dazu noch mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß diese Unterstellung die deutsche FDP., die wohl im besten Sinne liberal, aber niemals libera-

listisch ist, nicht trifft. Die FDP. stellt den lebendigen Menschen und die Vielfalt seiner sittlich-gesellschaftlich-religiösen Bindungen und nicht ein im abgegrenzten theoretisch-nationalökonomischen Bereich unentbehrliches Denkschema in den Mittelpunkt ihrer verantwortungsbewußten Betrachtung aller zu lösenden Probleme. Für die FDP. kann die Anwendung jedes nationalökonomischen Denkschemas nur eines der vielen Mittel zu dem Ziel sein, alle Menschen so mit dem Gefühl der größtmöglichen sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit, aber auch der Selbstverantwortung hierfür zu erfüllen, daß sie wieder über die äußere Freiheit hinaus die innere Freiheit zurückgewinnen, sich freiwillig als dienendes Glied einer sinnvollen Gesamtordnung und ihrer unerforschlichen ewigen Gesetze zu empfinden.

### SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT — SOZIALVERPFLICHTETE MARKTWIRTSCHAFT — DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Deshalb spricht die FDP. auch von einer „sozialverpflichteten“ und nicht von einer „sozialen“ Marktwirtschaft, die dieses Beiwort allein aus dem Charakter der Marktwirtschaft als solcher rechtfertigen möchte, weil eine theoretisch vollkommene Marktwirtschaft zwar im materialistischen Sinne für den einzelnen häufig sehr nützlich sein kann, im Dienste einer höheren menschlich-sittlichen Bindung aller und damit der Sicherung der Freiheit aber unbefriedigend bleiben muß.

Die reine Marktwirtschaft wird beispielsweise immer wieder in innere Konflikte geraten, wenn es darum geht, Landwirtschaft oder Mittelstand in geeigneter Weise zu unterstützen. Sie vermag die soziologisch-politische Kategorie des Vorhanden- oder Nichtvorhandenseins einer ausreichend starken Schicht, der innere und äußere Freiheit und das Eintreten oder sogar Opfern für sie nicht leere Worte oder lästigen Zwang, sondern Wirklichkeit und moralische Verpflichtung bedeuten, nur schwer in ihre Begriffswelt und Funktionsvorstellungen von der Wirtschaft einzuordnen. Ähnlich verhält es sich mit ihrer Stellung zum Staat, den sie notwendigerweise lieber schwach als stark sehen möchte.

Die sozialverpflichtete Marktwirtschaft braucht demgegenüber von ihrem geistigen Standort aus an den Staat oder beispielsweise die Landwirtschaft oder das mittelständische Gewerbe gar keine wesens- oder systemfremden Konzessionen zu machen, die soziologisch-politischen Faktoren gehören vielmehr in ihr Ordnungsschema genau so selbstverständlich hinein wie die rein wirtschaftlichen oder kulturellen Elemente. Es geht ihr eben nicht wie einem fehlgeleiteten Liberalismus oder dem Marxismus in erster Linie um die Produktion oder die Produktionsmittel, sondern, um mit List zu sprechen, viel entscheidender sind für sie stets die lebendigen produktiven Kräfte und das Optimum ihrer gesamten Entwicklung. Die sozialverpflichtete Marktwirtschaft vermag demzufolge auch als in sich geschlossenes System der höchstmöglichen Entwicklung der produktiven Kräfte jederzeit, jede undogmatische Gesamtkombination aller politisch-soziologischen, kulturellen und ökonomischen Faktoren im Dienst an diesem Ziel vorzunehmen, wobei es ihrem Anliegen entsprechend selbstverständlich ist, daß es nur in einer Kombination der jeweils größtmöglichen Freiheit — aber auch in der notwendigen staatlichen und sozialen Sicherung dieser Freiheit — erreicht werden kann. Jedes sozialistische System dagegen muß auf der anderen Seite zwangsläufig in das Extrem des vollendeten Kollektivs hineingetrieben werden, es besitzt die Möglichkeit einer undogmatischen und vor allem für die Freiheit ungefährliehen Kombination von politischen und wirtschaftlichen Faktoren nicht. Der „demokratische“ Sozialismus, von dem jetzt so viel geredet wird, mag durchaus für viele Sozialisten ein ehrliches Anliegen sein; wenn sie jedoch etwas darüber nachdenken, werden sie sich der Erkenntnis nicht entziehen können, daß die vollendete wirtschaftliche und politische Abhängigkeit immer am Ende stehen muß.

Der „demokratische“ Sozialismus oder die sogenannte „Marktwirtschaft von links“ verlangt zwar anders als der Kommunismus zunächst scheinbar „nur“ die Sozialisierung, d. h. Monopolisierung der Grundstoffindustrien, „nur“ die paritätische wirtschaftliche Mitbestimmung in allen Betrieben von einer relativ geringen Größenordnung an, „nur“ die staatliche Lenkung des gesamten Kredit- und Investitionssektors der Volkswirtschaft, „nur“ die steuerpolitische Verhinderung größerer privater Vermögensbildungen, „nur“ die staatliche Lenkung der Preise sowie schließlich auf dieser Basis die „Vollbeschäftigung“. Mit diesen bewußten und als Dauerziel herausgestellten Beschränkungen und sogar Ausschaltungen persönlicher Entscheidungsfreiheit und persönlicher Entwicklungsmöglichkeiten, mit diesen Eingriffen in die private Eigentumssphäre oder überhaupt in die Fähigkeit, Eigentum zu bilden oder zu erhalten, lähmt der Sozialismus aber einmal bereits in einem so entscheidenden Maße die lebendigen produktiven Kräfte der Volkswirtschaft zugunsten der Machtposition von Staats- und Parteifunktionären, die nicht nach der Leistung, sondern nach dem Grad an sozialistischer

Zuverlässigkeit und Ergebenheit ausgelesen sind, daß schwere wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklungsschäden unvermeidbar sind. Dazu kommt dann sehr schnell die Erkenntnis, daß eine Halbheit auf dem Gebiet der zentralverwaltungswirtschaftlichen Planung und Lenkung sowie Konzentration von Macht nicht ausreicht, um die verschärften Störungsrisiken aus den noch verschonten Bereichen auszuschließen. Da aber die sozialistische Walze nicht zurückgedreht werden kann, muß sie zwangsläufig weiterrollen, bis der letzte Rest von Freiheit und Unabhängigkeit, von schöpferischer Einzelinitiative und Einzeleigentum an Produktionsmitteln beseitigt ist. Vielleicht kann dadurch für einige Zeit die soziale Sicherheit des Sklaven erkaufte werden, aber auch das gilt nur dort, wo das sozialistische Experiment im autarken Raum exerziert werden kann.

Obwohl nun schon so zahlreiche unwiderlegliche Beweise dieser zwangsläufigen Entwicklung aller sozialistischen Systeme zum extremen Kollektiv mit allen katastrophalen Weiterungen vorliegen, obwohl jeder einzelne leicht begreift, daß sich beispielsweise die Zahl der für ein Erntesoll notwendigen Sonnentage keineswegs nach den Planbefehlen eines sozialistischen Beleuchtungsministers richten wird, ist es außerordentlich schwer, einen doch noch recht großen Teil unserer Menschen davon zu überzeugen, daß es ein geradeso überheblicher Wahnwitz ist, die ebenso naturgegebene Vielfalt der individuellen Begabungen und Bedürfnisse ohne schwerste Schäden und Gefahren in ein von wenigen Funktionären am grünen Tisch erdachtes Planungs- und Befehlssystem hineinzupressen.

Der reinen oder nur um ihrer selbst willen als „sozial“ bezeichneten Marktwirtschaft wird dieser notwendige Sieg über den Sozialismus auch nicht zufallen können, weil sie ebenfalls nur in materiellen Kategorien zu denken vermag. Diese Chance, unsere Menschen gegen die verführerischen Parolen der Preisgabe ihrer persönlichen Lebenserwartungen und Leistungsmöglichkeiten zugunsten einer auf lange Sicht mehr als zweifelhaften Sicherung eines Sklavendaseins immun zu machen, wird nur eine sozialverpflichtete Marktwirtschaft, wie sie die FDP vertritt, mit nachhaltigem Erfolg in die Wirklichkeit umsetzen können.

#### DIE STELLUNG DES STAATES

Wie will die FDP. nun dieses Ziel im einzelnen erreichen? Sie bejaht auch auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet eine starke politische Autorität von Parlament und Regierung, die unter Voranstellung des Gemeinwohls die großen sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele zu setzen und mit den ihr zur Verfügung stehenden gesetzgeberischen und finanzpolitischen Mitteln nachhaltig zu fördern hat. Insbesondere hat sie krisenhaften Gleichgewichtsstörungen, die von außerhalb oder innerhalb der eigenen Volkswirtschaft drohen mögen, rechtzeitig vorzubeugen. Dabei gilt als oberster Grundsatz der sozialverpflichteten Marktwirtschaft, daß die freie Entfaltung der von Natur aus unterschiedlichen Fähigkeiten und Be-

gaben der einzelnen — und zwar auf der Basis gleicher Startvoraussetzungen — zu ermöglichen und durch einen lauterer Wettbewerb der Leistungen zum Wohle des ganzen Volkes in einem ständig wachsenden Sozialprodukt und damit einer faktisch vollen und stabilen Beschäftigung zur Wirkung zu bringen ist. Parlament und Regierung haben dabei den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht und einen die sittliche Gebundenheit des einzelnen gegenüber der Gesamtheit überwuchernden Eigennutz auszuschalten, dafür auf der anderen Seite die Bildung privaten Eigentums in allen Formen — Haus und Wohnung, Sparkapital, Betriebsvermögen oder Miteigentum unselbständiger Mitarbeiter — als Lohn der Leistung des einzelnen zu fördern und durch die Wahrung des Geldwertes zu erhalten.

Unvereinbar mit diesen Leitsätzen der sozialverpflichteten Marktwirtschaft ist einmal eine bewußte oder auch nur fahrlässige Fortführung jener seit Jahrzehnten zu beobachtenden Tendenz einer ständigen Ausweitung unmittelbarer wirtschaftlicher Tätigkeit und wirtschaftlichen Besitzes des Staates sowie der parallel laufenden Schwächung der individuellen Selbsterhaltungs- und Selbstverantwortungskräfte durch ein Übermaß an Steuerlasten, das schließlich, weil es den Menschen während ihres schöpferisch-produktiven Lebensabschnittes die Fähigkeit zur Eigentumbildung oder sonstigen Altersvorsorge zu stark beschneidet, zwangsläufig zum Wohlfahrts- und Rentenstaat führen muß. In beiden Fällen — der wachsenden eigenen wirtschaftlichen Betätigung des Staates und der Umwandlung zum Wohlfahrtsstaat — muß statt der erstrebten Freiheit und Produktivitätssteigerung sowie Wohlstandsmehrung die Unfreiheit zunächst nach innen, das Erlahmen der schöpferischen und wohlstandsbildenden Kräfte und der freiwilligen Verteidigungsbereitschaft nach innen und außen das Ergebnis sein. Es bleibt noch auszuführen, inwieweit nach den Vorstellungen der FDP. der schon in dieser staatskapitalistischen und rentnerstaatlichen Richtung erheblich fortgeschrittene derzeitige Zustand, der in manchem gefährlicher und den Ergebnissen sozialistischer Programme ähnlicher ist als eine von vornherein und offen betriebene Kollektivierung, durch entschlossene Maßnahmen zurückgebildet werden kann. Eine Forderung muß darüber hinaus aber in jedem Fall verwirklicht werden: in dieser staatskapitalistischen und rentnerstaatlichen Richtung darf auch nicht eine einzige weitere Maßnahme getroffen werden, damit zumindest eine allmähliche relative Zurückdrängung des Sektors staatlicher Abhängigkeit eingeleitet werden kann.

Wenn wir die grundsätzliche Haltung der FDP. zum Staat in der sozialverpflichteten Marktwirtschaft noch einmal in ein paar kurzen Thesen zusammenfassen, so müßten diese etwa lauten:

1. so wenig Staat im wirtschaftlich-sozialen Bereich wie überhaupt nur möglich,
2. andererseits soviel Staat wie nötig, um die Voraussetzungen und Spielregeln eines fairen Leistungswett-

bewerbs und einer Förderung sowie eines Schutzes privaten Eigentums auf der einen Seite und die Verhinderung von Gleichgewichtsstörungen sowie die Sicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit oder andere Schicksalsschläge auf der anderen Seite zu gewährleisten.

#### BESCHÄFTIGUNG UND KAUFKRAFT

Das zweite entscheidende Prinzip der sozialverpflichteten Marktwirtschaft der FDP. ist das der unbedingten Stabilerhaltung und sogar stetigen Steigerung der Kaufkraft des Geldes. Diese Aufgabe kann nur einer vom Staat völlig unabhängigen, aber hierfür Parlament und Regierung jederzeit verantwortlichen einstufigen Währungs- und Notenbank anvertraut werden. Jedes Experiment mit der Währung ist strikt abzulehnen, insbesondere jede Art von Kreditschöpfung für unproduktive Zwecke oder zur Deckung von echten Defiziten in öffentlichen Haushalten. Dies gilt im besonderen Maße für wirtschaftliche Konstellationen, in denen die Volkswirtschaft über keine Reserven an Arbeitsplätzen, Arbeitskräften und Roh- bzw. Betriebsstoffen verfügt.

Mit diesem Prinzip stellt sich die sozialverpflichtete Marktwirtschaft der FDP. mit aller Entschiedenheit gegen die sozialistischen Theorien der sogenannten „Vollbeschäftigung“ um jeden Preis, auch den der offenen oder durch Höchstpreise, Wechselzwangskurse und Bezugscheinwirtschaft vorübergehend zurückgestauten Inflation. Eine „Vollbeschäftigung“ dadurch zu erreichen, daß man ein ganzes Volk auf Kosten der Währung etwa Pyramiden oder Autobahnen bauen läßt, ist sehr einfach und leider oft zunächst auch außerordentlich populär. Das Erwachen und der Katzenjammer folgen aber unerbittlich nach: die Währung ist vorsätzlich zerrüttet, die Sparer sind betrogen und verarmt, die produktiven und zur Selbstheilung befähigten Kräfte der Volkswirtschaft sind zerstört, Elend und Unfreiheit sind das zwangsläufige Ergebnis. Demgegenüber gewährleistet die von der FDP. geforderte Politik der unbedingten Stabilerhaltung des Geldwertes eine dauerhafte volle Beschäftigung in sozialer Sicherheit bei wachsender Produktivität und stetiger Ausweitung des Volkseinkommens, eine anhaltende Mengenkonjunktur, d. h. eine stetige Senkung der Preise und damit die Möglichkeit einer fortschreitenden Hebung des Lebensstandards des einzelnen über eine gesteigerte Versorgung mit mehr, besseren und billigeren Gütern, eine anhaltende Erleichterung der Arbeitsbedingungen sowie endlich die Wiederherstellung des Vertrauens zum Sparen, weil das Ersparte jeweils in zehn oder zwanzig Jahren mehr und nicht weniger wert ist als im Zeitpunkt des Sparaktes. Damit aber werden die Grundlagen der stetigen Ausweitung und Verbesserung des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates, der vollen Entfaltungsmöglichkeit aller neuen schöpferischen Kräfte und schließlich der Abkehr vom Rentnerstaat zur Selbstverantwortung in Freiheit gelegt und gleichzeitig die Voraussetzungen zur fortlaufenden Verbreiterung dieser Basis geschaffen.

## PROGRAMMATISCHE FORDERUNGEN

Die FDP. ist sich dessen bewußt, daß nicht von heute auf morgen alle Fehler der Vergangenheit und insbesondere die Folgen zweier verlorener Weltkriege überwunden werden können. Wenn aber keine neuen Fehler begangen und die Leitsätze der sozialverpflichteten Marktwirtschaft befolgt werden, muß die schwere Hypothek der Irrungen und Wirrungen der letzten Jahrzehnte in einer wesentlich kürzeren Zeit abgetragen werden können, als vielleicht selbst große Optimisten zu hoffen wagen.

Dazu ist aber im Rahmen eines während der nächsten vier Jahre Zug um Zug in die Tat umzusetzenden Programms notwendig:

1. daß konsequent in dem jeweils äußerst realisierbaren Ausmaß die eigene wirtschaftliche Tätigkeit und das gewerbliche Vermögen der öffentlichen Hand wieder an die Privatwirtschaft übertragen werden;
2. daß die Investitionen der öffentlichen Hand aus Steuermitteln überall dort abgebaut werden, wo mit Hilfe von Übergangsmaßnahmen, wie z. B. Zinszuschüssen, bereits jetzt eine zunehmende Kapitalmarktfinanzierung bzw. Finanzierung über Kapitalsammelstellen gewährleistet erscheint. Dies gilt insbesondere für den Sektor des sozialen Wohnungsbaus, bei dem ohne Beeinträchtigung des Erfolges auf diese Weise wachsende Teile der jährlich fast 2,5 Mrd. DM erreichenden Investitionen aus Steuermitteln auf den Kapitalmarkt bzw. die Kapitalsammelstellen umgeschaltet werden können;
3. daß eine große organische Steuerreform mit dem Ziele einer fortschreitenden Senkung der Steuerlasten, der Belohnung von Leistung und Sparsamkeit und damit der Förderung der Eigentums- und Kapitalbildung durchgeführt wird;
4. daß gleichzeitig im Wege der Finanzreform die einheitliche Veranlagung aller Steuerpflichtigen durch eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung sichergestellt wird. Bei der gegenwärtigen rund 40%igen Erfassung des Volkseinkommens durch die öffentliche Hand beeinflußt jede finanzpolitische Entscheidung das wirtschaftliche und soziale Geschehen in einem so starken Maße, daß ein reiner Fiskalist auf dem entscheidenden Platze des Finanzministers eine sehr große Gefahr bedeuten muß;
5. daß der Kapitalmarkt als Voraussetzung für die Ausweitung der Produktion; für die Überwindung des Mangels an Arbeitsplätzen oder Existenzmöglichkeiten, schließlich für die Beseitigung des Wohnungsmangels wieder in vollem Umfang funktionsfähig gemacht wird. Teilmaßnahmen sind auf diesem Gebiet schon durchgesetzt worden, bisher aber überwiegend der öffentlichen Hand zugute gekommen. Sie bedürfen der weiteren Verbesserung und Ergänzung. Es fehlt insbesondere noch die politische und wirtschaftliche Überwindung der Diskriminierung der Aktie als des Instruments zum Erwerb von Miteigentum an Produktionsmitteln auch für die breiten Schichten der Arbeitnehmer sowie die Erweiterung der Altsparenerschädigung durch eine sozial gerechte, währungs- und finanzpolitisch vertretbare Aufwertung früherer Reichs- und Länderanleihen. Es fehlt darüber hinaus die Lösung des Problems der angemessenen Verzinsung und Tilgung der 10,7 Mrd. DM Ausgleichsfordernungen gegen die Länder, die gegenwärtig die Möglichkeiten zur mittel- und langfristigen Kredithergabe der Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Versicherungen und Banken wesentlich einschränken. Diese Kreditinstitute sollen wieder in erster Linie der Wirtschaft, namentlich der mittelständischen Wirtschaft, die nicht direkt an den Kapitalmarkt appellieren kann, und nicht dem Staat als langfristige Kreditquellen zur Verfügung stehen;
6. daß die Konvertibilität der Währungen auf der Grundlage eines allgemeinen Verzichts auf direkte oder indirekte Ausfuhrsubventionen, inflatorische Währungs- und Finanztransaktionen und mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen mit dem Ziele der Überwindung des Bilateralismus und der Wiederherstellung der Freizügigkeit des Kapitals mit aller Energie angestrebt wird. Soweit in dieser Hinsicht Erfolge am Widerstand anderer Länder scheitern, sind andererseits auch der deutschen Wirtschaft alle erforderlichen Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen zu gewähren;

7. daß Deutschland als ein Land mit hohem Einfuhrbedarf und dementsprechend einer erheblichen Ausfuhrabhängigkeit sich daran gewöhnt, daß eine dauerhafte Sicherung seiner wirtschaftlichen Stabilität nur über einen laufenden Export von Investitionsgütern aller Art (Fabrikations-, Energie- und Transportanlagen) möglich ist. Der deutsche Kapitalmarkt muß daher zur Finanzierung dieser gewissermaßen lebenden Rente der deutschen Volkswirtschaft in wachsendem Ausmaß geöffnet werden;

8. daß die Förderung von Partnerschaft und Miteigentum unselbständiger Arbeitnehmer zwar in betriebsindividueller, undogmatischer Weise, d. h. je nach Rechtsform durch Ertragsbeteiligung, zusätzliche Altersversorgung, Wohnungs- und Eigenhelmbeschaffung oder echte Kapitalbeteiligung, aber doch mit aller Entschiedenheit mit dem Ziele voranzutreiben ist, den deutschen Arbeiter zum selbstbewußten, innerlich freien, gegenüber Klassenkampfadeologien und außerbetrieblicher Funktionsabhängigkeit immunen staats-tragenden Faktor zu machen. Das bisherige Betriebsverfassungsrecht, insbesondere auf dem Gebiet von Kohle und Stahl, sowie das bisherige Kündigungsschutzgesetz dienen nicht der sozialen und wirtschaftlichen Befreiung und Sicherung des deutschen Arbeiters, sondern erhöhen noch seine Abhängigkeit gegenüber einer kollektiven Funktionsbürokratie;

9. daß eine ganze Reihe von Sofortmaßnahmen über die bereits erwähnten hinaus (Ausgleichszahlungen für ältere arbeitslose Angestellte, Heraufsetzung der Ausleseprinzipien für Beamte als Grundlage einer dann mehr als berechtigten Erhöhung ihrer Bezüge, erhöhte Leistungsanforderungen für Handwerk, Handel und akademische Berufe, Beseitigung der Umsatzsteuer für Ärzte, Rechtsanwälte usw.) in Angriff genommen werden, um dem gefährlichen Niedergang wertvoller mittelständischer Schichten Einhalt zu gebieten und wieder eine der soziologischen Bedeutung dieser Kreise entsprechende positive Entwicklung einzuleiten;

10. daß die Erhaltung und Förderung einer gesunden Landwirtschaft, die ihre Rechtfertigung nicht nur aus den wesentlichen politisch-soziologischen Aspekten findet, über ein unbürokratisches Einfuhr- und Vorratsstellen-System sichergestellt wird. Seit Jahrzehnten ist in der ganzen Welt ein ständiges Ansteigen der Produktionskosten für Nahrungsmittel zu verzeichnen. Die Weltbevölkerung wächst trotz aller kriegerischen Katastrophen sehr schnell. Jungfräuliche Böden gibt es nur noch in sehr geringem Maße. Die notwendige Steigerung der Erzeugung auf den bereits in Kultur genommenen Böden aber erfordert zusätzlichen Aufwand an Düngemitteln, Pflanzenschutz usw. Dazu kommt das laufende Ansteigen der sozialen Ansprüche in den überseeischen Produktionsgebieten. Es läßt sich also bereits übersehen, daß auf längere Sicht weder auf die heimische landwirtschaftliche Erzeugung verzichtet werden kann noch ihre Kosten nach Durchführung der in unserem Agrarprogramm geforderten Rationalisierungsmaßnahmen dann noch wesentlich von dem Gesamtdurchschnitt abweichen werden.

11. Wesentliche wirtschaftliche Aufgaben sind in der Welt unserer Hausfrauen, insbesondere der überaus schwer arbeitenden Landfrau und der mitverdienenden Ehefrau sowie der kinderreichen Mütter noch zu erfüllen. Die FDP. fordert hier die zielbewußte Rationalisierung der Produktion aller Haushaltgeräte und -maschinen mit dem Ziel ihrer laufenden Preissenkung und Absatzausweitung zugunsten einer Entlastung der Hausfrauen.

12. Trotz der Rekordleistung von fast einer Wohnung pro Minute seit 1949 fehlen noch immer rund 4 Mill. Wohnungen. Der über den Krieg gerettete Bestand an Altwohnungen ist wegen der weitgehend fehlenden Wirtschaftlichkeit ernstlich gefährdet. Nur die stufenweise organische Einbeziehung der gesamten Wohnungswirtschaft in marktwirtschaftliche Formen der Finanzierung, Mietenbildung und Mieterwahl vermag auf diesem wichtigen Sektor auf die Dauer weitere Erfolge zu garantieren. Sozialen Notwendigkeiten wird nicht am besten durch gleiche Festpreismieten für Direktoren, Handwerksmeister oder Fürsorgeempfänger gedient, deren Niveau für eine verstärkte Neubautätigkeit oder die Substanzerhaltung unzureichend ist, sondern vielmehr durch individuelle Mietbeihilfen bei einem die Wirtschaftlichkeit des Wohnungsbaus und der Wohnungserhaltung sichernden individuelleren Mietpreisfächer. Hierdurch wird auch eine sozial vernünftige Umschichtung der Mieter von Alt- und Neubauwohnungen begünstigt, die schon manches Haupt- und Untermieterproblem, namentlich für kinderreiche Familien, bereinigen würde. Außerdem wäre es auf diese Weise und durch zusätzliche Maßnahmen einer

Ausschaltung von kurzfristigen Länder-, Kreis- und Gemeindeeigenschaftsmöglichkeiten, eine Fehlentwicklung unseres Wohnungsbaus zu unterbinden, die auf Kosten der notwendigen Konzentration aller Anstrengungen auf die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung in der Richtung auf eine zwar ausreichende Bedarfsbefriedigung in wirtschaftsfernen Gebieten droht, wodurch aber die Gefahr der Schaffung lebenslanger Fürsorgeempfänger oder der dauernden Trennung von Familien bzw. ihrer übermäßigen Belastung mit Fahrtkosten heraufbeschworen wird. Schließlich wird durch die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des Wohnungsbaus sowie im Zusammenhang mit der bereits an anderer Stelle geforderten Umfinanzierung auch die private Initiative wieder ihren dringend gewünschten ersten Platz zurückerhalten.

13. Eine Reform der Lastenausgleichsgesetzgebung erscheint insoweit unerlässlich, als die für die Finanzierung produktiver Vorhaben vorgesehenen Mittel den Flüchtlings- oder Kriegsgeschädigten-Betrieben bzw. Wohnbauinteressenten nicht als Darlehen, sondern als Eigenkapital möglichst frühzeitig zur Verfügung gestellt werden müssen. Dieses Eigenkapital vermag dann wiederum als Kreditgrundlage zu dienen, die den Effekt vervielfacht. Dabei sind alle währungspolitisch verantwortbaren Möglichkeiten der Vorfinanzierung auszuschöpfen.

14. Als eine Aufgabe von höchster Dringlichkeit betrachtet die FDP. schließlich die Schaffung einer Europäischen Wirtschafts-, Währungs- und Zollunion mit gleichen Rechten und Pflichten für alle. Die Zerrissenheit unseres Kontinents hat dazu geführt, daß bei annähernd gleichen Voraussetzungen hinsichtlich der Ausstattung mit Natur- und Bodenschätzen, bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl und bei sicherlich gleicher Befähigung der europäischen Völker ihr Lebensstandard um rund  $\frac{2}{3}$  hinter dem der USA. zurückgeblieben ist. Die FDP. hat die Montanunion als einen ersten Schritt zur Überwindung dieser unseligen Vergangenheit

bejaht, sie lehnt aber weitere Teilintegrationen — wie etwa eine Agrarunion — als ungeeignete Mittel zu diesem großen europäischen Ziel ab. Jetzt geht es um eine Koordinierung der gesamten Wirtschafts-, Finanz-, Kredit- und Währungspolitik der europäischen Völker, für die es gar kein anderes einigendes und zukunftsfruchtbares Rezept geben kann als die Prinzipien unserer sozialverpflichteten Marktwirtschaft.

Wie kann es nun gelingen, die noch Ungläubigen davon zu überzeugen, ja mehr noch mit dem festen Glauben zu erfüllen, daß diese sozialverpflichtete Marktwirtschaft der allein richtige Weg zu einer blühenden, freiheitlichen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, darüber hinaus zu einer europäischen Völkergemeinschaft ist? Die FDP. steht hier nicht mit leeren Händen vor dem deutschen Volk. Sie darf sich mit vollem Recht als Vorkämpferin und Hauptträgerin der bisher erreichten, so sichtbaren Erfolge der letzten Jahre bezeichnen. Sie hatte im Zeitpunkt der Währungsreform im Gegensatz zu allen anderen Parteien den Mut, in vollem Umfange von der Zwangsauf die Marktwirtschaft umzuschalten, sie allein hat geschlossen diesen Mut auch nicht verloren, als die meisten im Verlauf der Koreakrise wieder schwankend wurden. Sie hat außerdem die Entwicklung zur sozialverpflichteten Marktwirtschaft in den letzten vier Jahren immer wieder entscheidend gegen alle zweifelnden oder gegnerischen Widerstände vorange-  
trieben.

**Summary:** The Socially Administered Market Economy. When the German Free Democrats claim that they want to pave the way to freedom in spite of all kinds of power groups and slavery, freedom is to be understood as being restricted by the standards of ethics. It finds its limit where the freedom of others would be encroached upon. From this basic concept of philosophy, the principles of the Free Democrats' economic policy are deduced. The focus of their responsible judgment is to be not on a sub-division of logic but on the individual human being with all the ramifications of his ethical, social, and religious background. This is taken as the point of departure for defining the term "socially-administered" market economy, as opposed to the "social" market economy in that it expects the fulfilment of the social obligations not from the character of the economic system but from the responsible action of man. The socially administered market economy, which is claimed to be an integral system for the optimal development of the productive forces, seeks to reach this goal by combining a maximum of freedom with the necessary political and social protection of this freedom. Thus, the socially administered market economy is very strongly opposed to 'Democratic Socialism' of which the author believes that its consistent realisation would necessarily lead to the individual's freedom of decision and freedom of action coming to an end.

**Résumé:** „L'économie du marché engagée aux devoirs sociaux“. En aspirant à faire triompher la liberté sur toutes les formes d'esclavage et de pouvoir abusif le FDP. comprend l'idée de la liberté dans le sens d'une détermination éthique. Cela veut dire que la liberté d'un groupe trouve ses limites naturelles partout où elle rencontre les revendications légitimes de liberté d'un autre groupe. Au FDP. cette conception philosophique sert de base pour formuler les principes de sa politique économique. Conscient de sa responsabilité ce parti politique veut mettre au centre de ses réflexions non pas un schéma abstrait, mais l'être humain dans toute la diversité de ses fondements et relations éthiques, sociaux et religieux. Il en résulte l'idée de „l'économie du marché engagée aux devoirs sociaux“. Cette conception se distingue de celle de „l'économie du marché sociale“ en tant que pour elle le mécanisme de l'économie du marché ne représente aucune garantie pour que les devoirs sociaux soient remplis. Ceci ne sera possible que par l'action de partenaires sociaux pleinement conscients de leurs responsabilités. Le système de l'économie du marché engagée doit servir le but d'une expansion maximale des forces productives, tout en trouvant un équilibre heureux entre une liberté optimale et les prérogatives de l'Etat qui sont nécessaires pour assurer cette liberté. Ainsi ce système se trouve en opposition totale avec celui du socialisme démocratique. Selon l'auteur ce dernier a pour conséquence l'élimination de la liberté de décision et des chances de l'individu.

**Resumen:** La economía de mercado con compromisos sociales. Si el Partido Libre Democrático quiere que triunfe la libertad, venciendo todas las formas de subyugación y esclavitud, el concepto de la libertad debe ser comprendido en el sentido de limitaciones morales. La libertad encuentra sus límites cuando amenaza la libertad del prójimo. El Partido deduce su concepto económico-político de esta idea filosófica. El Partido Libre Democrático quiere poner en el centro de su responsable juicio el hombre viviente y sus muchos nexos moral-sociológicos y religiosos y no un esquema de pensamiento. De esto se desarrolla el concepto de la economía de mercado que tiene compromisos sociales, que se distingue de la economía de mercado „social“, con tal que este concepto no espera que el cumplimiento de lo social provenga del carácter de la economía de mercado, sino de la responsable actividad del hombre. La economía de mercado con compromisos sociales, como sistema íntegro del más alto desarrollo de las fuerzas productivas, quiere alcanzar este fin por una combinación de la más alta libertad y de la necesaria seguridad de esta libertad estatal y social. Con esto la economía de mercado con compromisos sociales se encuentra en el más agudo contraste al socialismo democrático, cuya decisiva persecución, según opina el autor, conduciría a la eliminación de la libertad personal de decidir y a la derrota de las posibilidades de desarrollo individual.